

Pressemitteilung

”

Axel Berg neuer Wasserkraft- Vorsitzender

Dr. Axel Berg ist neuer Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg eV“ (AWK). Die Jahreshauptversammlung des Verbands wählte den 55-jährigen Juristen und Vorstandsvorsitzenden von „Eurosolar“ am vergangenen Samstag in Wangen (Kreis Ravensburg) einstimmig in das Amt. Berg, der von 1998 bis 2009 als SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag das „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG) mit verfasste, löst bei der AWK Diplomingenieur Elmar Reitter ab. Außerdem ernannte die AWK ihren früheren Vorsitzenden Manfred Lüttke zum Ehrenpräsidenten.

„Das ist ja beinahe eine große Koalition.“ Der Münsinger CDU-Landtagsabgeordnete und AWK-Präsident Karl-Wilhelm Röhm gratulierte dem SPD-Mann Dr. Axel Berg am Samstag mit Hinweis auf die ‚große Politik‘ zum einstimmigen Wahlergebnis. Schließlich sitzt jetzt mit Berg ein erfahrener Netzwerker der „Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg eV“ vor.

Zu Dr. Axel Berg hatte die „Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg eV“ (AWK) schon seit Jahren Verbindungen gepflegt. Schrieb der geborene Stuttgarter Berg doch zusammen mit dem damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Hermann Scheer prägend am ersten „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG) von 2000 mit. Berg durfte sich 2002 bis 2005 einziger, direkt gewählter SPD-Bundestagsabgeordneter aus Bayern nennen. Sein Wohnsitz ist München. „Konferenzfest“ in englisch und französisch, warb Berg für das EEG unter anderem in Afrika. Heute gelten ähnliche

Bestimmungen in rund 100 Staaten der Erde. Als Vorstandsvorsitzender von „Eurosolar“ und als neuer Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg“ (AWK) dient Berg jetzt den stärksten Verbänden für Erneuerbare Energien in Deutschland.

Sein Vorgänger, der 63-jährige Diplomingenieur Elmar Reitter aus Rechtenstein (Alb-Donau-Kreis), leitete die AWK seit 2002. Dem Vorstand des Verbands gehörte Reitter seit 30 Jahren an. Nach wie vor möchte der Betreiber mehrerer Wasserkraftanlagen vom Neckar bis Südtirol den AWK-Vorstand als Beirat unterstützen. Reitter gilt bei den Wasserkraftlern als äußerst kundiger Berater in Fragen des Wasserrechts. So war Reitters Rat auch bei der „Clearing-Stelle“ für Energiefragen beim Bundeswirtschaftsministerium gefragt. Reitter, der den Vorsitz aus Gesundheitsgründen niederlegte, gehört noch zu jener Gruppe von Wasserkraftlern, die in den 1980er Jahren das „Stromeinspeisegesetz“ von 1990 durchsetzten. Es regelt feste Vergütungen, die die Stromnetzbetreiber an diejenigen zahlen müssen, die Elektrizität aus Wasserkraft in die Stromnetze bringen. Seit 2000 in aller Regel 7,67 Cent pro Kilowattstunde. Das „Stromeinspeisegesetz“ gilt als bahnbrechender Vorgänger des „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG).

Einstimmig ernannte die „Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg eV“ (AWK) ihren langjährigen Vorsitzenden Manfred Lüttke (Rheinstetten bei Karlsruhe), auch als „Vater des Stromeinspeisegesetzes“ bezeichnet, zum „Ehrenpräsidenten“. Lüttke, der in unzähligen Rechtsverfahren Kleinwasserkraftler unterstützt hat, dient dem AWK-Vorstand als Beirat.

Alles neu macht der Mai - bei den Wasserkraftlern in Baden-Württemberg bereits schon im April. Sie erweiterten ihren Vorstand um den bisherigen Geschäftsführer Dipl.-Ing. Josef Dennenmoser (Leutkirch) und den Betriebswirt und Strommarkt-Experten Martin Renn (Ehingen). Die Geschäftsführung liegt seit Jahresanfang in Händen von Diplomingenieurin Julia Neff (Oberschwandorf).

Die „Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg eV“ (AWK) tritt mit über 600 Mitgliedern als einer der stärksten Landesverbände für Erneuerbare Energien in Deutschland auf. Auf ihre Bemühungen geht maßgeblich das „Stromeinspeisegesetz“ von 1990 zurück. Diese Vorgänger-Bestimmung des „Erneuerbaren Energien Gesetzes“ leitete im Strombereich die „Energiewende“ in Deutschland ein. Vertreten werden durch die AWK rund 1.000

Wasserkraftanlagen im Land. Sie liefern pro Jahr fast 1 Milliarde Kilowattstunde Elektrizität – genug für über 600.000 Privatleute.